

Keine Klage zur Verfahrensweise für neuen Loches-Platz

WERMELSKIRCHEN (ser) Die Fraktion der WNKUWG wird gegen den aus ihrer Sicht bemängelten Formfehler des Ausschlusses der Öffentlichkeit bei der politischen Beratung und Entscheidung zur Neugestaltung des Loches-Platzes keine Klage einreichen. „Das ist wie beim Fußball: Wenn man durch ein unberechtigtes Elfmeterstor in Rückstand gerät, spielt man trotzdem weiter und hat immer noch Chancen auf den Sieg. Der Loches-Platz wird noch genügend Raum zur optimalen Gestaltung und intensiven Diskussion verschiedener Aspekte bieten“, teilte Fraktionsvorsitzender Henning Rehse gestern mit. „Ein transparenterer Umgang der Stadtverwaltung mit der juristischen Stellungnahme zur Frage der Nichtöffentlichkeit hätte allerdings im Vorfeld der Sitzung zur Deeskalation und Vermeidung von Pulverdampf beigetragen“, fügte er hinzu. Für seine Fraktion sei wichtig, dass das Verfahren zum Loches-Platz nicht verzögert wird. Rehse: „Wir möchten eine optimale und schnelle Umsetzung des Projekts Loches-Platz.“

RGA SAMSTAG, 2. APRIL 2016

WNK UWG klagt nicht

Fraktion fordert bei Loches-Platz Öffentlichkeit.

Die Fraktion der WNK UWG wird sich nicht auf einen Rechtsstreit mit der Stadt Wermelskirchen einlassen. Aus praktischen Erwägungen, denn die Fraktion sowie ihr Rechtsbeistand sind nach wie vor der Meinung, dass der Ausschluss der Öffentlichkeit bei der Beratung über die Bebauung des Loches-Platzes ein Formfehler war.

Selbst wenn die WNK UWG-Fraktion vor Gericht Recht bekäme, würde eine Wiederholung der öffentlichen Sitzung inhaltlich zu keinem anderen Ergebnis führen. Selbst Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit, so vermutet Frakti-

onsvorsitzender Henning Rehse, würden die übrigen Fraktionen nicht umstimmen und zu keinen anderen Mehrheitsverhältnissen führen. Außerdem wolle die WNK UWG-Fraktion das Verfahren zum Loches-Platz nicht verzögern. Und nicht zuletzt blieben die Kosten des Verfahrens unabhängig vom Ausgang am Steuerhaken hängen, so Rehse.

Von der Verwaltung hätte er sich einen transparenteren Umgang mit der juristischen Stellungnahme zur Frage der Nichtöffentlichkeit gewünscht. Das hätte zur Deeskalation beigetragen. kam

Antrag: Stadt soll auf Plätzen mehr für Recht und Ordnung sorgen

Laut WNKUWG machen einige wenige alkoholisierte, teils pöbelnde Menschen die Nutzung öffentlicher Plätze unattraktiv und zeitweise sogar unmöglich.

WERMELSKIRCHEN (ser) Die Stadtverwaltung soll das geltende Ortsrecht vor allem auf öffentlichen Plätzen nachhaltiger und konsequenter um- und durchsetzen – das fordert die WNKUWG-Fraktion in einem Antrag für den nächsten Haupt- und Finanzausschuss am Montag, 2. Mai.

Wie Ratsmitglied Thorn Seidel erläutert, gebe es bedauerlicherweise regelmäßig „Verstöße von einer verschwindend geringen Minderheit, die alkoholisiert, lärmend, teilweise auch pöbelnd die Nutzung dieser Plätze für die überwiegende Zahl der Bürger nicht attraktiv beziehungsweise unmöglich macht“. Dies sei vor allem am Loches-Platz, am Busbahnhof, am Park im Hüppetal und am Platz unterhalb des großen Weihnachtsbaums an der Carl-Leverkus-Straße zu beobachten. Für Passanten und Wermelskirchner, die etwas Ruhe suchen, vor al-

lem aber für ältere Menschen sowie Eltern mit Kindern „ist diese Situation nicht nur unangenehm, sondern auch angstbelastet. Niemand wird diese Räume bestimmungsgemäß

nutzen können und wollen, wenn sich die Zustände dort nicht ändern“, meint Seidel.

Zudem führe der Aufenthalt der alkoholisierten Mitbürger zu starker Verschmutzung und Verwahrlosung der Plätze und aufgestellten Geräte zum Beispiel der Parkbänke. Seidel: „Nicht nur in den Sommermonaten kommt es zudem im Umfeld der Plätze naturgemäß zu einer Geruchsbelästigung und zu Gebäudeschäden durch das berüchtigte ‚Wildpinkeln‘.“

Die Verordnungen und Satzungen der Stadt für die Bereiche öffentliche Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit haben nach Meinung von Seidel alle einen Sinn. „Bei Um- und Durchsetzung tragen sie zu einem gepflegten Äußeren bei und steigern die Aufenthaltsqualität auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen.“ Der Ausschuss wird am 2. Mai über das Thema diskutieren.



**„Niemand wird
diese Räume
nutzen wollen,
wenn sich der
Zustand nicht
ändert“**

Thorn Seidel
Ratsmitglied

WNK/ UWG will Ortsrecht verschärfen

Die WNK/ UWG möchte für Recht und Ordnung in der Stadt sorgen. In einem Antrag für den Haupt- und Finanzausschuss am 2. Mai beauftragt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse die Verwaltung, das Ortsrecht der Stadt nachhaltiger und konsequenter um- und durchzusetzen. Regelmäßig gebe es „Verstöße einer verschwindend geringen Minderheit, die alkoholisiert, lärmend, teilweise auch pöbelnd die Nutzung der öffentlichen Plätze für die überwiegende Zahl der Bürger nicht attraktiv beziehungsweise unmöglich machen“, schreibt Rehse zur Begründung. acs